



## **N i e d e r s c h r i f t**

### **über die Sitzung des Finanzausschusses 22/1998-2003 am 04. September 2002 im Rathaus**

---

**Beginn:** 18.00 Uhr

**Ende:** 20.15 Uhr

**Anwesend:**

Ausschussvorsitzender	Frank Rauen
Ausschussmitglied	Barbara Behn
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Paul Giese
Ausschussmitglied	Klaus Kasch
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Annette Marquis
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Ausschussmitglied	Detlef Reinke
Ausschussmitglied	Claus-Dieter Rommerskirchen

Bürgervorsteher Horst Schmidt

seitens der Gemeindeverwaltung: Bürgermeister Volker Dornquast  
Bärbel Brix als Protokollführerin

Gemeindevertreter als Zuhörer: Horst Ostwald  
Johann Schümann

Entschuldigt fehlt: AM Hans-Detlev Bruhn

**Tagesordnung:**

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 21/1998-2003 am 24. April 2002**
- 2. III. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)**
- 3. II. Nachtragshaushaltssatzung 2002**
- 4. 1. Beratung über den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 – 2006**
- 5. Unterrichtungen/Anfragen**



## **Zu Punkt 1 der Tagesordnung**

### **„Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 21/1998-2003 am 24. April 2002“**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 21/1998-2003 am 24.04.2002 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift ist genehmigt.

## **Zu Punkt 2 der Tagesordnung**

### **„III. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage und der Entwurf des III. Nachtrages zur Hundesteuersatzung zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erläutert die beabsichtigte Satzungsänderung und bittet, im Artikel 2 des Satzungsentwurfes die Worte „... innerhalb von 30 Tagen zu entrichten ...“ durch die Worte „...innerhalb eines Monats zu entrichten...“ zu ersetzen.

#### **Beschluss:**

**Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die III. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung einer Hundesteuer gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der Änderung zu beschließen.**

#### **Beschlussfassung:**

**Einstimmig**

## **Zu Punkt 3 der Tagesordnung**

### **„II. Nachtragshaushaltssatzung 2002“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage und der Entwurf der II. Nachtragshaushaltssatzung 2002 zugegangen.

Ausschussvorsitzender Rauen bittet Bürgermeister Dornquast, den II. Nachtragshaushaltsplan vorzustellen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass nach neuen Berechnungen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Umsatzsteuer insgesamt um 638.000,00 EUR zu reduzieren sind. Diese Einnahmeausfälle belasten den Verwaltungshaushalt. Ein Teil dieser Belastung kann durch Mehreinnahmen aus anderen Bereichen der Verwaltung aufgefangen werden; der andere Teil ist über eine verringerte Zuführung zum Vermögenshaushalt auszugleichen. Der Pflichtzuführungsbetrag bleibt erhalten.



Die Verzögerungen bei den Grundstücksverkäufen sind Ursache für die herabgesetzten Einnahmen im Vermögenshaushalt. Dadurch entsteht unter Einbeziehung der verminderten Zuführung vom Verwaltungshaushalt ein Kreditbedarf, der neu im Nachtragshaushaltsplan ausgewiesen ist.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind mangels Möglichkeit keine weiteren Einsparungen im Verwaltungshaushalt geplant. Die Haushaltsansätze sind im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanes 2002 von Anfang an eng bemessen. Durch die Sparbeschlüsse der gemeindlichen Gremien ist das Sparpotenzial ausgenutzt.

Herr Rauen bittet künftig um frühere Übersendung des Vorberichtes.

Den Vorberichtsentswurf bittet Bürgermeister Dornquast hinsichtlich der Begründung zur Haushaltsstelle 63140.3500 abzuändern. Zwar ist es richtig, dass die Erschließungsmaßnahme erst im Jahre 2004 zur Durchführung vorgesehen ist. Es handelt sich hier jedoch um eine andere Teilfläche im B-Plan 110 - „Gewerbegebiet südlich Heideweg“. Diese Teilfläche steht im gemeindlichen Eigentum und ist zum Verkauf vorgesehen. Die Einnahmenabsetzung ist dadurch begründet, dass die Veräußerung dieser Teilfläche nicht mehr im Jahre 2002 erfolgen wird.

Ausschussvorsitzender Rauen fragt, ob es für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bei diesen Mindereinnahmen bleibt oder ob mit weiteren Anpassungen nach unten zu rechnen ist.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass für die Ermittlung der Mindereinnahmen die tatsächlich geleisteten Quartalszahlungen dieses Jahres in das Verhältnis zu den Quartalszahlungen der letzten Jahre gesetzt werden. Bei dieser Prognose handelt es sich um eine Hochrechnung; weitere Mindereinnahmen können nicht ganz ausgeschlossen werden.

Nach der Reihenfolge der Seiten im Nachtragshaushaltsplan werden einzelne Einnahme- und Ausgabepositionen besprochen.

Frau Lessing fragt zum Titel „Fachliteratur“ - Haushaltsstelle 02000.6520 - an, warum trotz des Einsparungsbeschlusses im vergangenen Jahr hier eine Erhöhung des Ausgabenansatzes vorgesehen ist.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass im vergangenen Jahr pauschal gekürzt wurde, ohne die Einzelpositionen in den jeweiligen Ansätzen zu berücksichtigen. Weiter ist es in den verschiedenen Rechtsgebieten zu vielen Änderungen gekommen. Die Zahl der Ergänzungslieferungen ist gestiegen und damit auch die Kosten.

Herr Rauen erkundigt sich, ob die Organisationsuntersuchung wirklich notwendig ist. Bürgermeister Dornquast informiert über die Durchführung der Stellenbewertungen durch ein externes Unternehmen und erklärt, dass ganze Bereiche der Verwaltung bereits beurteilt sind. Es ist ungünstig, wenn hier einzelne Stellen aufgrund fehlender Mittel nicht in dieses Verfahren einbezogen werden.



Herr Kasch spricht die Kostenbeteiligung für die Erstellung von Feuerwehreinsatzplänen an. Bürgermeister Dornquast erläutert, dass die betroffenen Firmen jeweils einen Kostenanteil für die Erstellung eines Feuerwehreinsatzplanes tragen. Der Vorbericht wird insoweit berichtet.

Ausschussvorsitzender Rauen stellt fest, dass die Gastschulbeiträge gewaltig schwanken. Bürgermeister Dornquast führt aus, dass diese Kosten von der Anzahl der Schüler abhängig sind, die sich während des laufenden Jahres ergeben.

Herr Rauen fragt, ob es sein muss, dass für die Pfadfinder ein erhöhter Etat bereitgestellt wird. Bürgermeister Dornquast erläutert die Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit für Jugendholungs- und Freizeitmaßnahmen. Wenn die Pfadfinder weiterhin so einen Zulauf der Jugendlichen erhalten, ist zu überlegen, ob diese Richtlinie geändert werden muss. Andernfalls nimmt die Zuschussgewährung überhand und wird insgesamt zu teuer.

Nachdem der Verwaltungshaushalt soweit abgearbeitet ist, stellt Herr Rauen fest, dass es sich um ein strukturelles Defizit im Verwaltungshaushalt handelt und fragt, welche Maßnahmen künftig geplant sind, um weitere Haushaltsverschlechterungen zu verhindern. Weiterhin bittet er um Auskunft, ob eine Haushaltssperre angedacht ist.

Bürgermeister Dornquast hält ein strukturelles Defizit erst für gegeben, wenn die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt nicht mehr erreicht werden kann. Das ist hier nicht der Fall, weil die verbleibende Zuführung den Pflichtzuführungsbetrag erheblich überschreitet.

Eine formelle Haushaltssperre ist nicht angedacht, weil der Verwaltungsaufwand größer einzuschätzen ist als die tatsächlichen Einsparungen. Die Mitarbeiter sind über die schwierige Haushaltslage informiert und handeln entsprechend verantwortungsvoll. Dieses Vertrauensverhältnis sollte nicht dadurch gefährdet werden, dass über jede Ausgabe in der oberen Ebene entschieden wird.

Zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Götzberg fragt Frau Lessing, warum es hier zu Mehrausgaben kommt. Bürgermeister Dornquast erklärt, dass diese Ausgaben für die Aufstellung eines Sirenenmastes (ca. 3.000,00 EUR) und für die Heizungskonvektoren zur Trocknung der Kleidung (ca. 2.000,00 EUR) sowie für mehrere Einzelbeträge verschiedener Gewerke (15.000,00 EUR) entstehen.

Die Ausschussmitglieder beraten über die Notwendigkeit, eine Sirene in Götzberg aufzustellen. Bürgermeister Dornquast weist auf den seinerzeit gefassten Beschluss im Feuerwehrausschuss hin, dass in jedem Ortsteil eine Sirene aufgestellt sein soll.

Die Frage, warum für den Rasenmäher Sabo Continent ein Verkaufserlös angesetzt ist, ist wie folgt zu beantworten: Im ursprünglichen Haushalt 2002 sind Mittel für den Ersatz des Großflächenmähers bereitgestellt. Im Mai des Jahres kam es zur Anschaffung dieses Gerätes. Den alten Rasenmäher nahm der Händler in Zahlung, so dass im Nachtragshaushalt der Verkaufserlös als Einnahme nachzuweisen ist.



Die Ausgaben - unter Berücksichtigung des Zuschusses des Vereines „Naherholung im Hamburger Umland e.V.“ - für den Fahrradrastplatz südöstlich von Götzberg sind ebenfalls Gegenstand eingehender Beratung.

Frau Lessing trägt vor, dass ein Zuschuss in Höhe von fast 40% nicht alltäglich ist. Innerhalb ihrer Fraktion ist man zu der Auffassung gelangt, dass die Gemeinde sich diesen Zuschuss nicht entgehen lassen sollte.

Herr Rauen stellt den Antrag, die im 2. Nachtragshaushalt 2002 zur Haushaltsstelle 59900.9660 eingestellten Mittel in Höhe von 10.300,00 EUR einschließlich des Zuschusses bei Haushaltsstelle 59900.3670 in Höhe von 4.100,00 EUR zu streichen. Nach weiterer Beratung zu diesem Punkt zieht Herr Rauen seinen Antrag zurück.

**Beschluss:**

**Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die II. Nachtragshaushaltssatzung 2002 gemäß Vorlage unter Berücksichtigung der Änderungen zu beschließen.**

**Beschlussfassung:**

**einstimmig**

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung**

**„1. Beratung über den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2003 – 2006“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast stellt den Entwurf des Investitionsplanes für den Durchführungszeitraum 2003 – 2006 vor. Dieser Entwurf ist kein Verwaltungsvorschlag, sondern eine Diskussionsgrundlage für die gemeindlichen Gremien.

Bürgermeister Dornquast berichtet über die letzte Sitzung im Kulturausschuss und stellt fest: Es ist klar erkennbar, dass die Gemeinde künftig nicht in der Lage sein wird, Großbaumaßnahmen parallel durchzuführen. Es sind deshalb Prioritäten zu setzen, welche Investitionsmaßnahme zeitlich früher durchgeführt wird und welche nicht. Er sieht hier zur Beschlussfassung den Hauptausschuss in der Pflicht.

In der Reihenfolge der Einzelpläne erläutert Bürgermeister Dornquast die einzelnen Investitionen des vorliegenden Planes.

Zur laufenden Nr. 2 des Investitionsplanes „Erweiterung der EDV-Anlage“ ist der Anlage eine Zusammenstellung der Einzelpositionen beigefügt.



## **Zu Punkt 5 der Tagesordnung**

### **„Unterrichtungen/Anfragen“**

Herr Rommerskirchen fragt an, wer für die Beseitigung der Schäden und für die Unterhaltung der Bushaltstellen zuständig ist. Bürgermeister Dornquast antwortet, dass die Gemeinde dafür zuständig ist. Soweit es sich um Sachbeschädigung handelt und der Täter ermittelt werden kann, wird von der Gemeinde der Schadenersatzanspruch geltend gemacht.

gez. Frank Rauen  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix  
(Protokollführerin)

gesehen: gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)